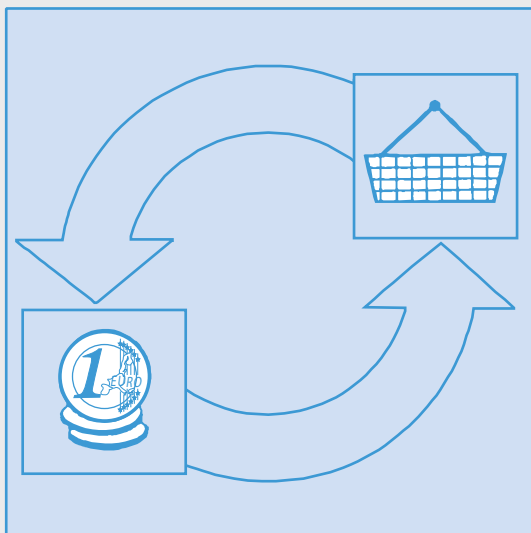


BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2005 FÜR DEUTSCHLAND

Informationsmaterialien zur Pressekonferenz
am 12. Januar 2006 in Frankfurt/Main



BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2005 FÜR DEUTSCHLAND

Informationsmaterialien zur Pressekonferenz
am 12. Januar 2006 in Frankfurt/Main

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt — Pressestelle, Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:

Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Telefon: 06 11 / 75 - 26 26

Telefax: 06 11 / 75 - 39 52

E-Mail: bip-info@destatis.de

oder an die Pressestelle:

Telefon 06 11 / 75 - 34 44

Telefax 06 11 / 75 - 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Grundlage der vorliegenden Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 12. Januar 2006 in Frankfurt/Main veröffentlichten Daten.



Ein kostenfreier Download der Broschüre im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation sind in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Thema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ finden Sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 - 34 44
- Telefax: 06 11 / 75 - 39 76
- E-Mail: presse@destatis.de

Erschienen im Januar 2006.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

A Schaubilder und Tabellen Inhalt

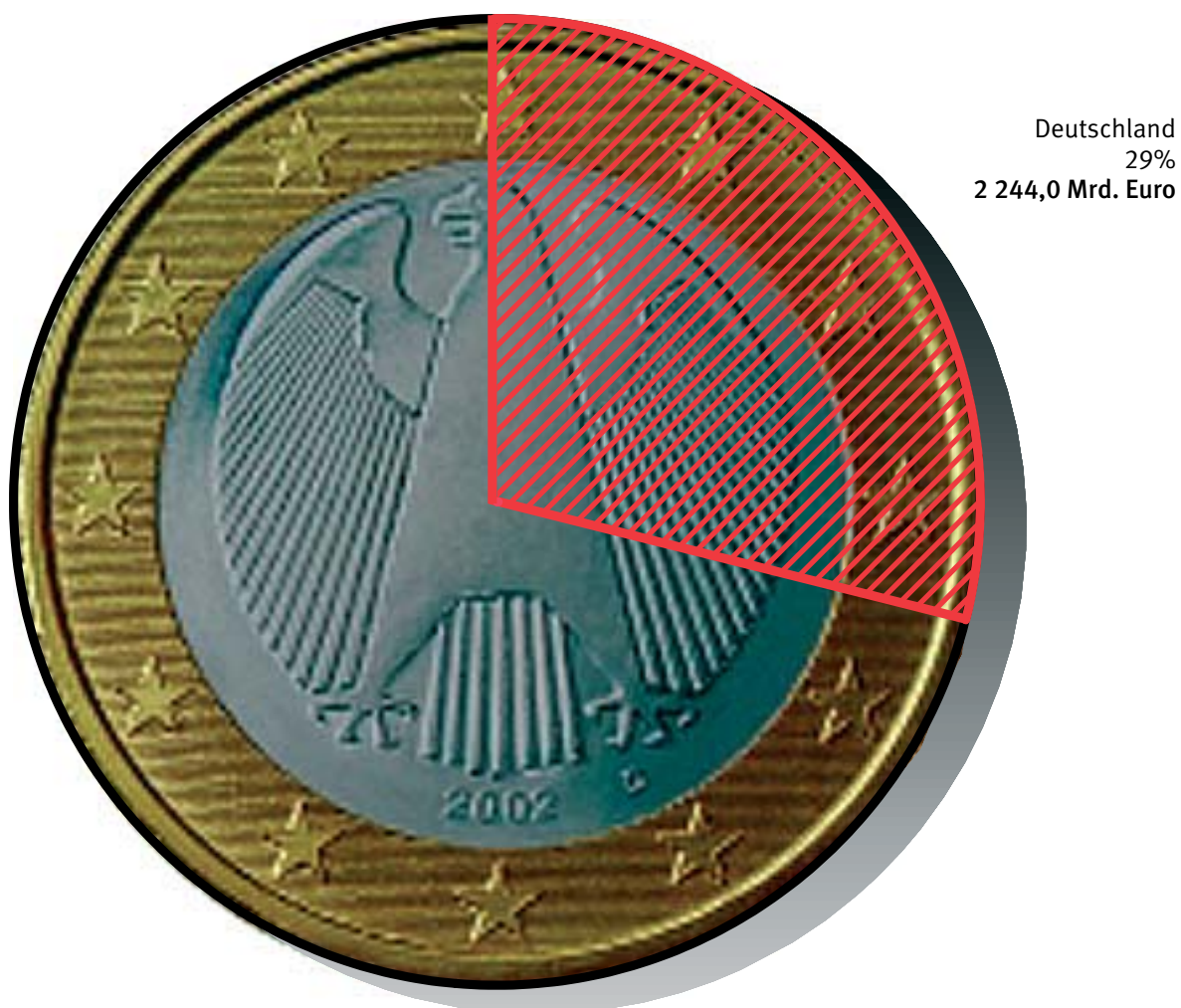
Schaubild 1:	Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2005	4
Tabelle 1:	Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2005 in jeweiligen Preisen	5
Schaubild 2:	Nominales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1991 bis 2005	6
Schaubild 3:	Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1951 bis 2005	7
Schaubild 4:	Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2005	8
Schaubild 5:	Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2005 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbstätigkeit)	9
Schaubild 6:	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2005	10
Schaubild 7:	Wirtschaftsstruktur – Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 1991 und 2005	11
Schaubild 8:	Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum 2004 und 2005	12
Schaubild 9:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2004 und 2005 im internationalen Vergleich (EU, Japan und USA)	13
Schaubild 10:	Reales Bruttoinlandsprodukt 2004 und 2005 im internationalen Vergleich (EU25-Beitrittsländer)	14
Schaubild 11:	Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2005	15
Tabelle 2:	Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2005	16
Schaubild 12:	Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2005 und Durchschnitt 2001 bis 2004 (EU, Japan und USA)	17
Schaubild 13:	Staatliche Finanzierungssalden im internationalen Vergleich 2005 und Durchschnitt 2001 bis 2004 (EU25-Beitrittsländer)	18
Schaubild 14:	Staatliche Finanzierungssalden der EU15-Mitgliedstaaten 2005 sowie Maximum- und Minimumwert seit 1999.....	19
Schaubild 15:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland von 1992 bis 2005	20
Schaubild 16:	Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Stunde in Deutschland von 1992 bis 2005	21
Schaubild 17:	Verdienst in Deutschland von 1992 bis 2005	22
Schaubild 18:	Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2005	23
Schaubild 19:	Konsum und Sparen in Deutschland von 1992 bis 2005	24

B Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Außenbeitrag	25
2	Arbeitsmarkt	27
3	Einnahmen und Ausgaben des Staates	29
4	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft	30
5	Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005	32
6	Vorjahrespreise und Verkettung	34
7	FISIM	36

Schaubild 1

Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2005¹⁾



1) Prognose der EU-Kommission/eigene Berechnung (Schätzung).

Statistisches Bundesamt 2006 -15 - 0060

Tabelle 1

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2005
in jeweiligen Preisen**

	Milliarden Euro
Bruttoinlandsprodukt	2 244,00
Private Konsumausgaben	1 330,98
Konsumausgaben des Staates	414,75
Bruttoinvestitionen	385,34
Bruttoanlageinvestitionen	384,04
Ausrüstungen	153,85
Bauten	204,97
Sonstige Anlagen	25,22
Vorratsveränderungen	1,30
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	112,93

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

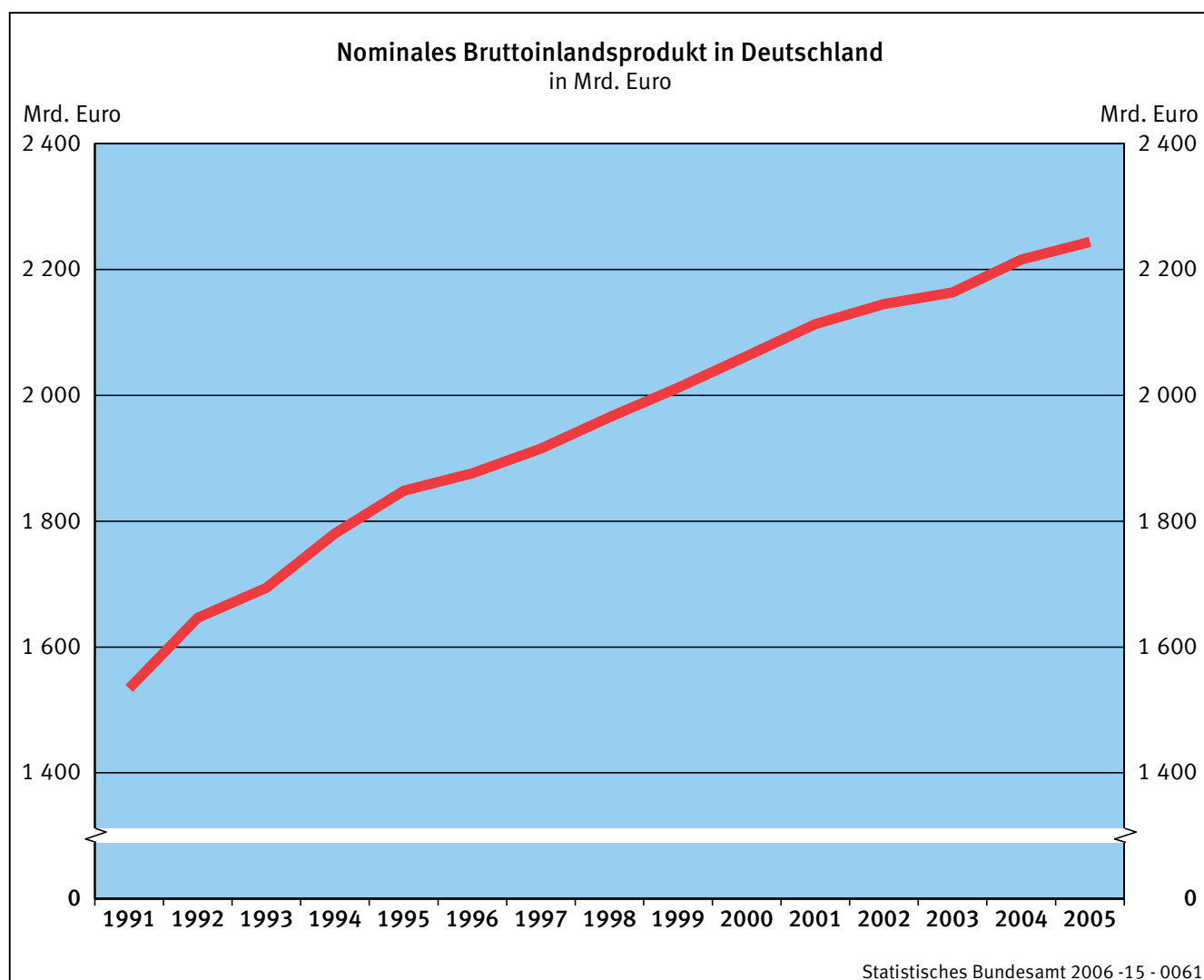
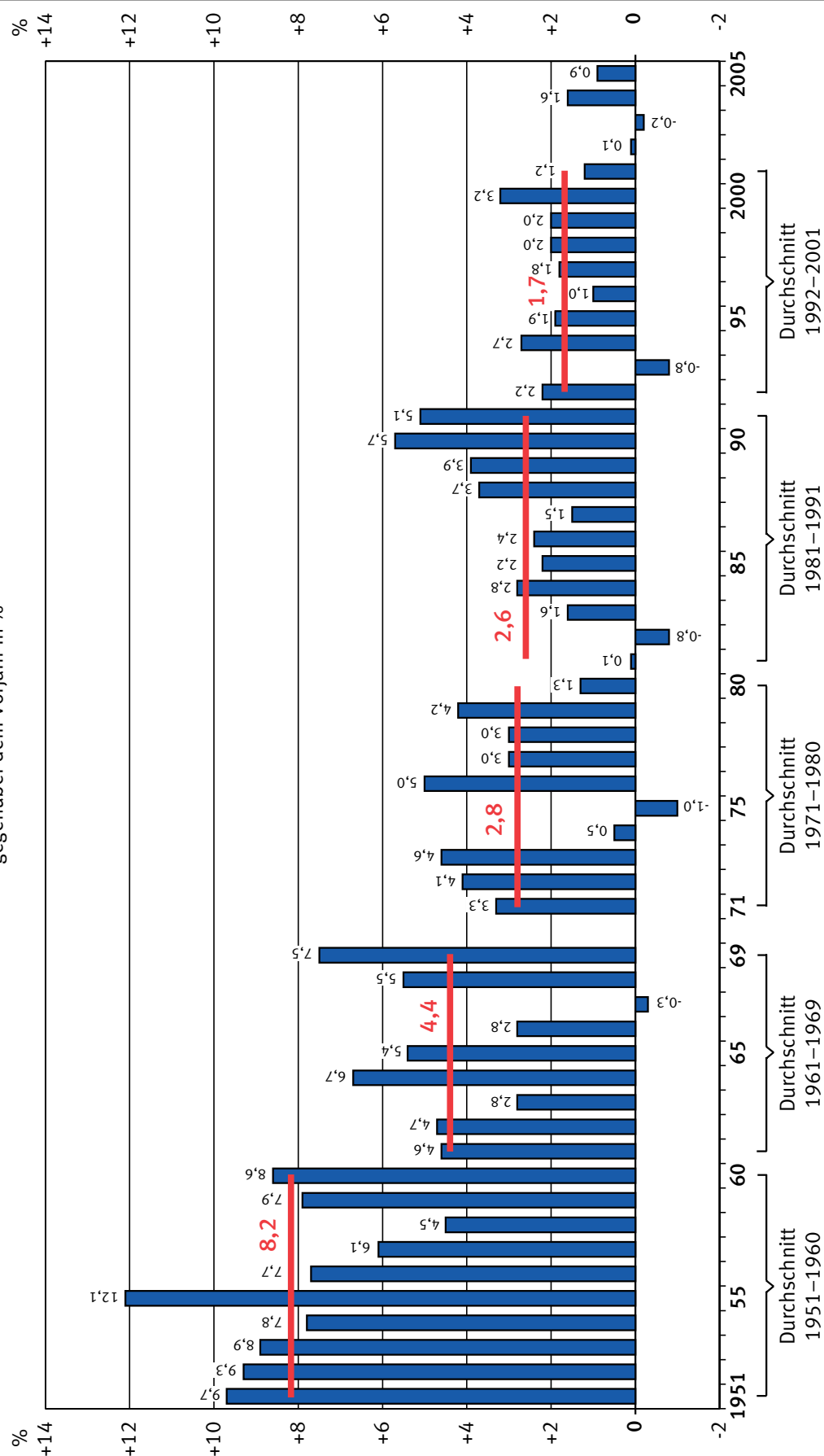


Schaubild 3

Wirtschaftswachstum in Deutschland 1951 bis 2005¹⁾

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts
gegenüber dem Vorjahr in %



1) Wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede sind die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet der Zeiträume 1950 bis 1969 und 1970 bis 1991 sowie die Angaben für Deutschland nicht voll vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet sind von 1950 bis 1969 in Preisen von 1991, von 1970 bis 1991 in Preisen von 1995 dargestellt. Die Ergebnisse für Deutschland werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

Schaubild 4

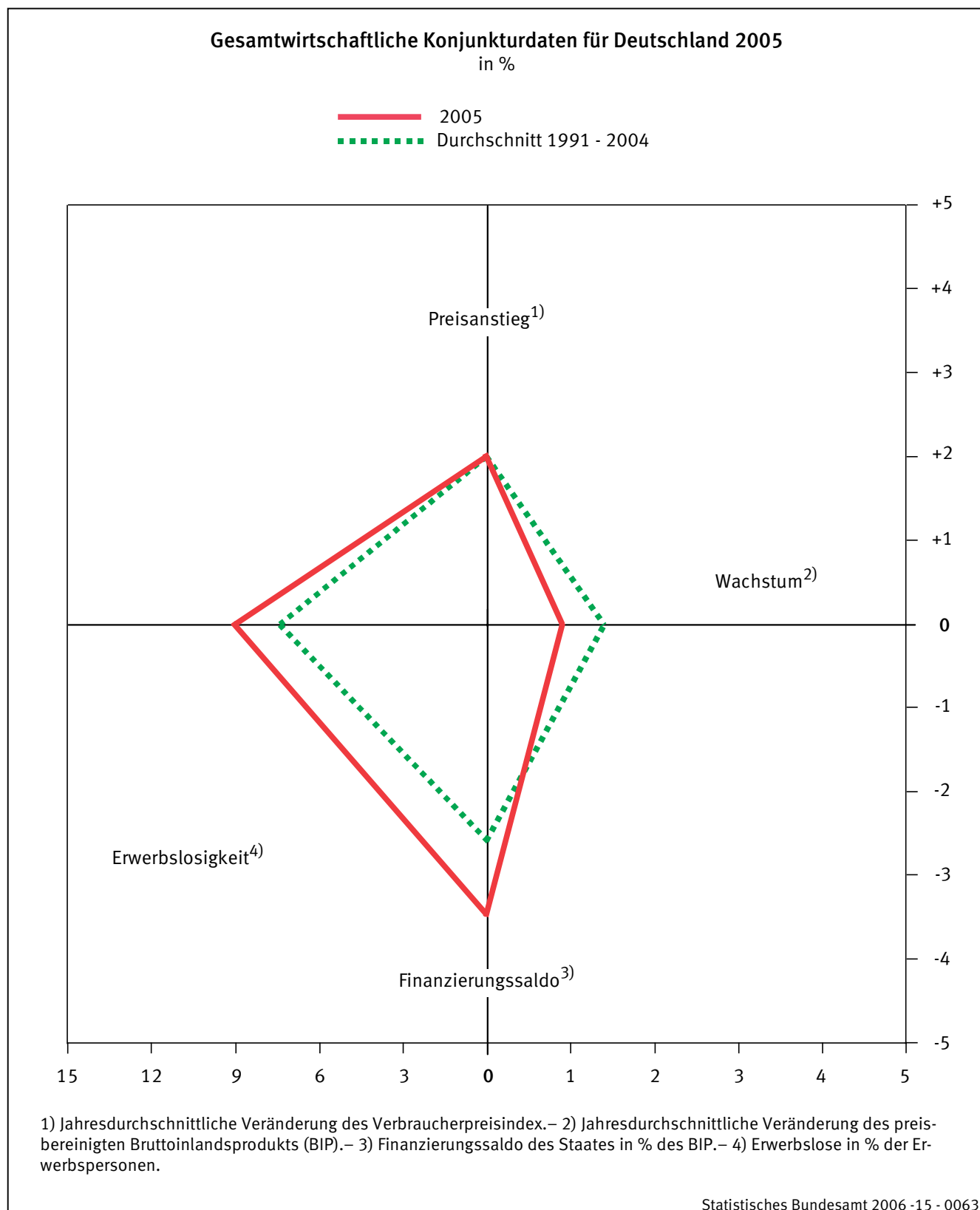


Schaubild 5

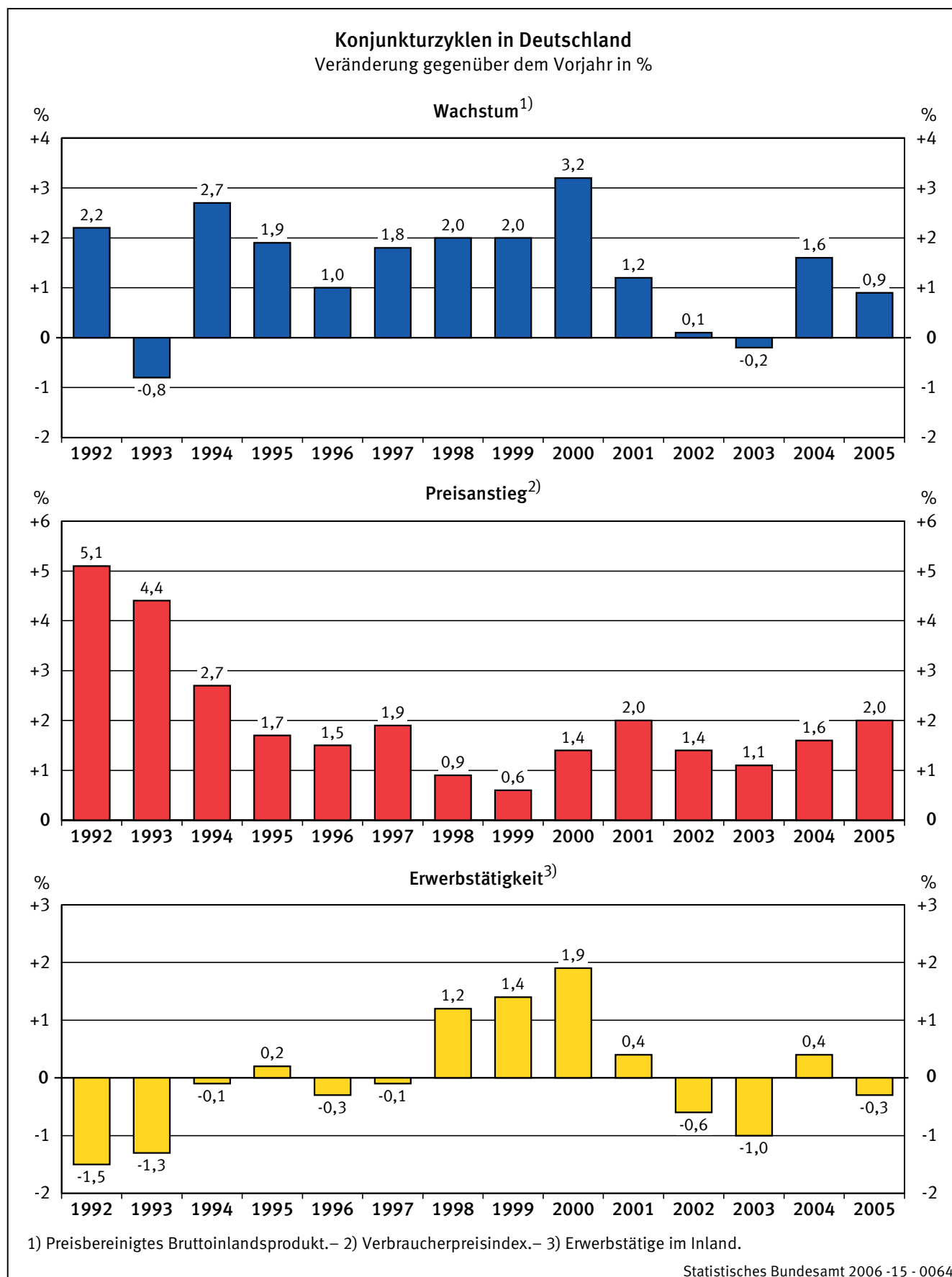


Schaubild 6

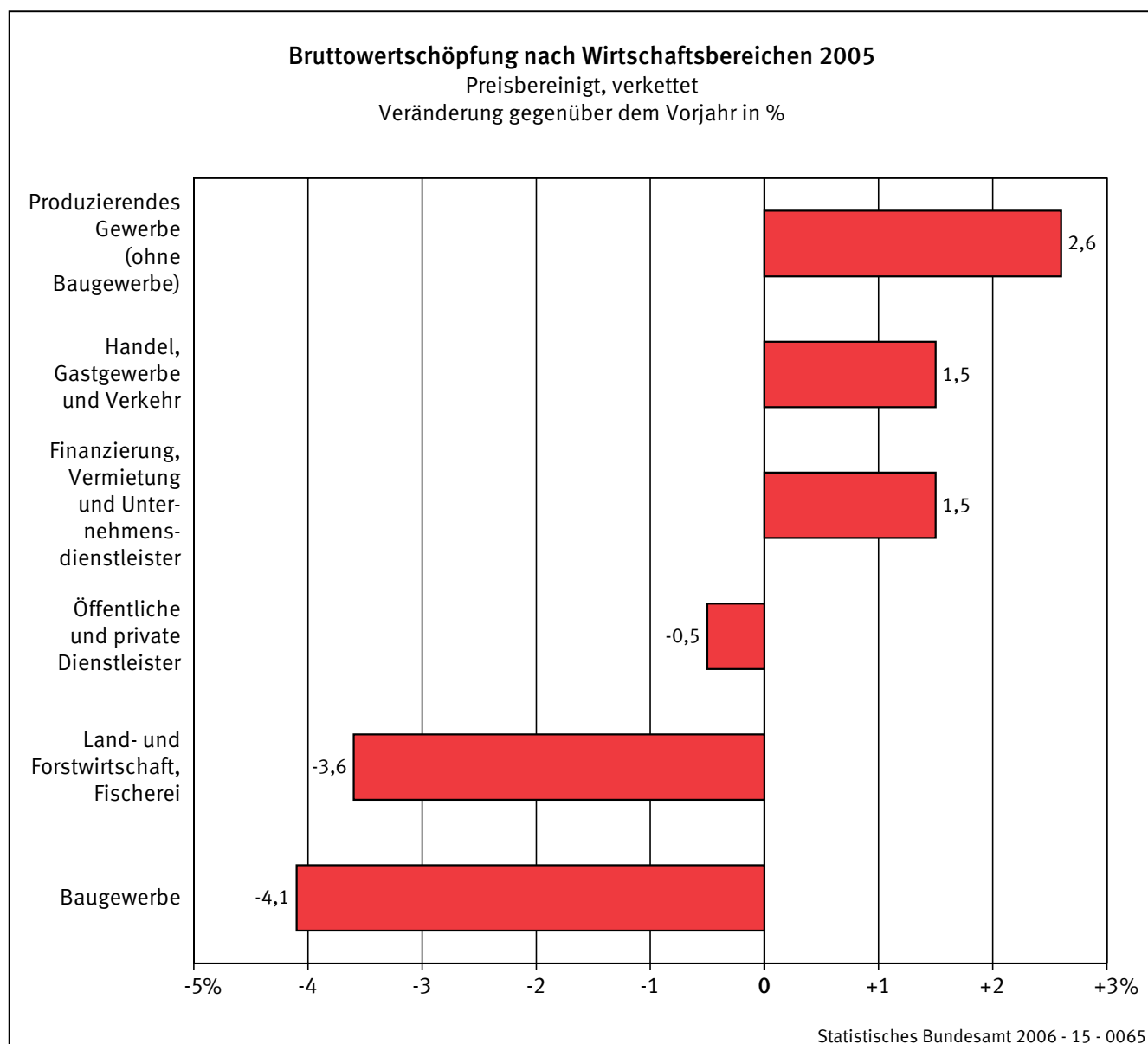


Schaubild 7

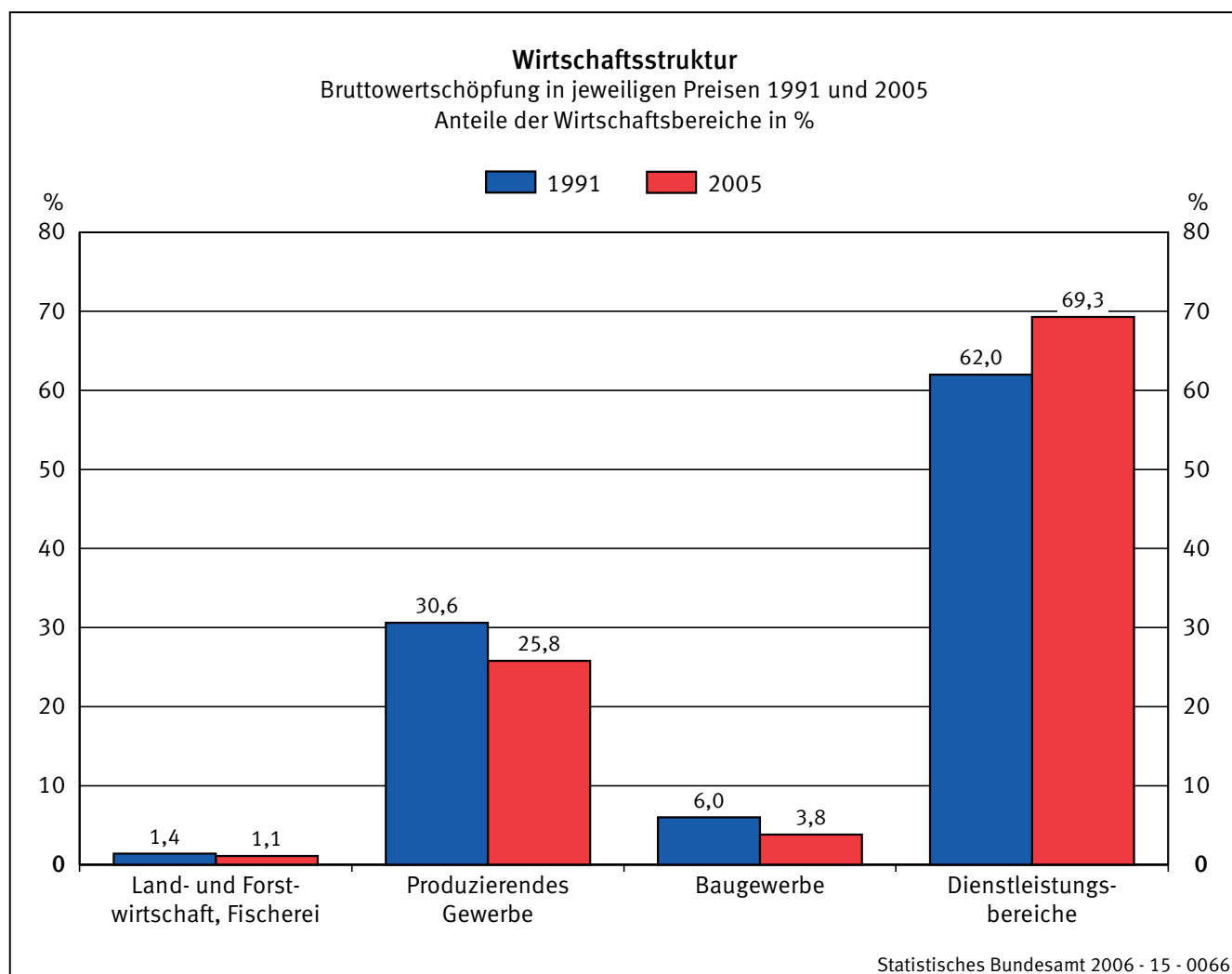


Schaubild 8

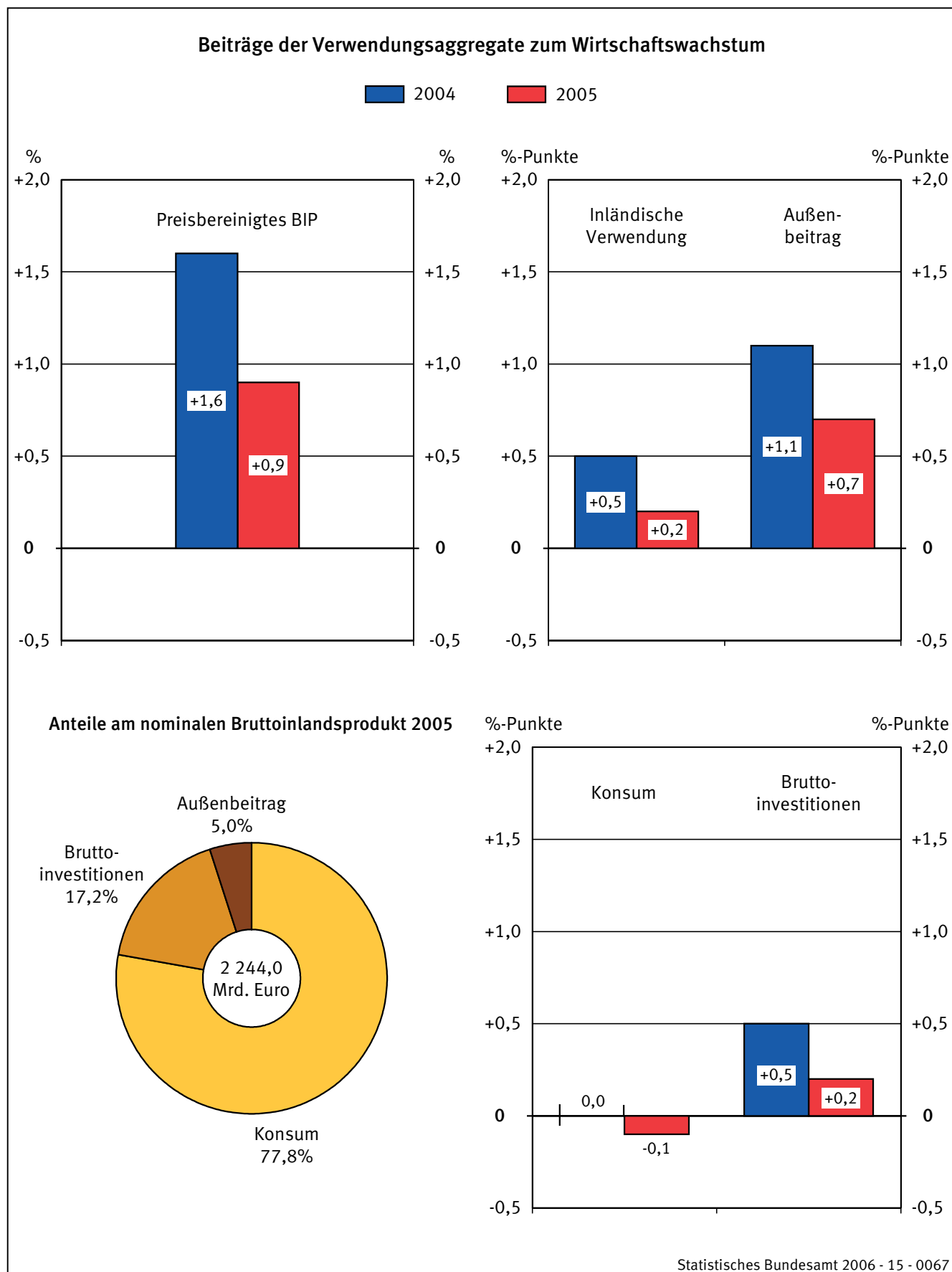


Schaubild 9

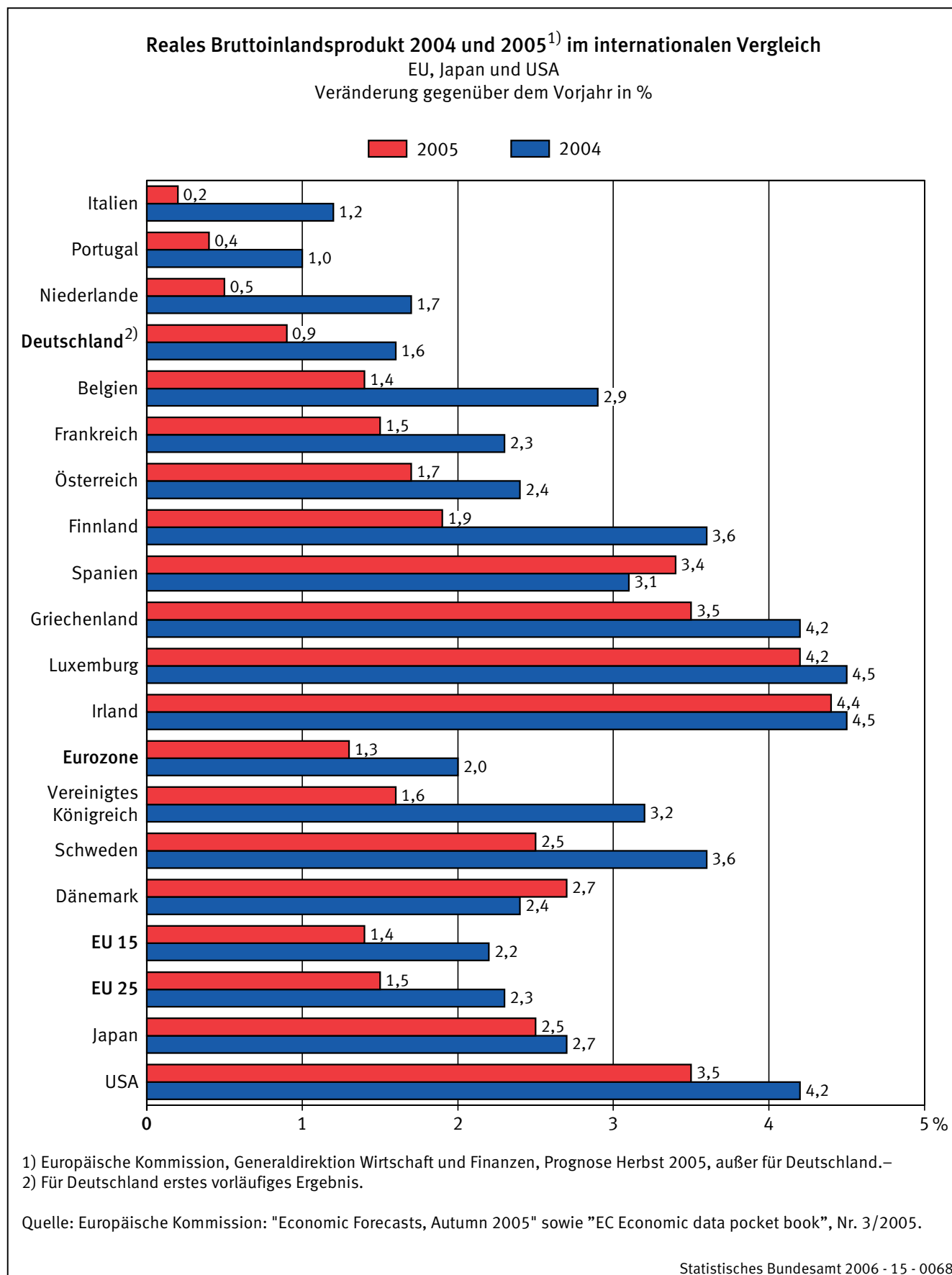


Schaubild 10

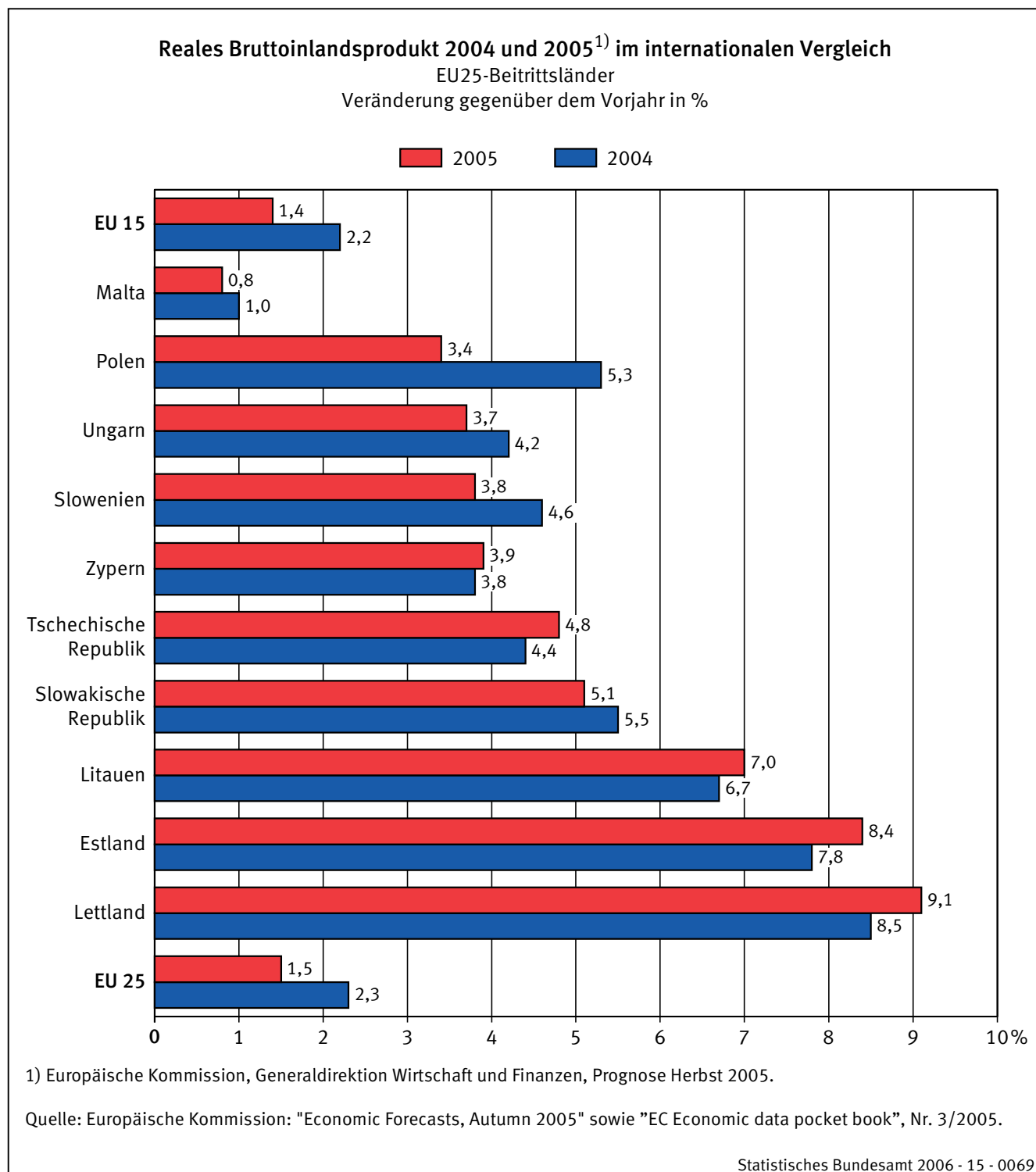


Schaubild 11

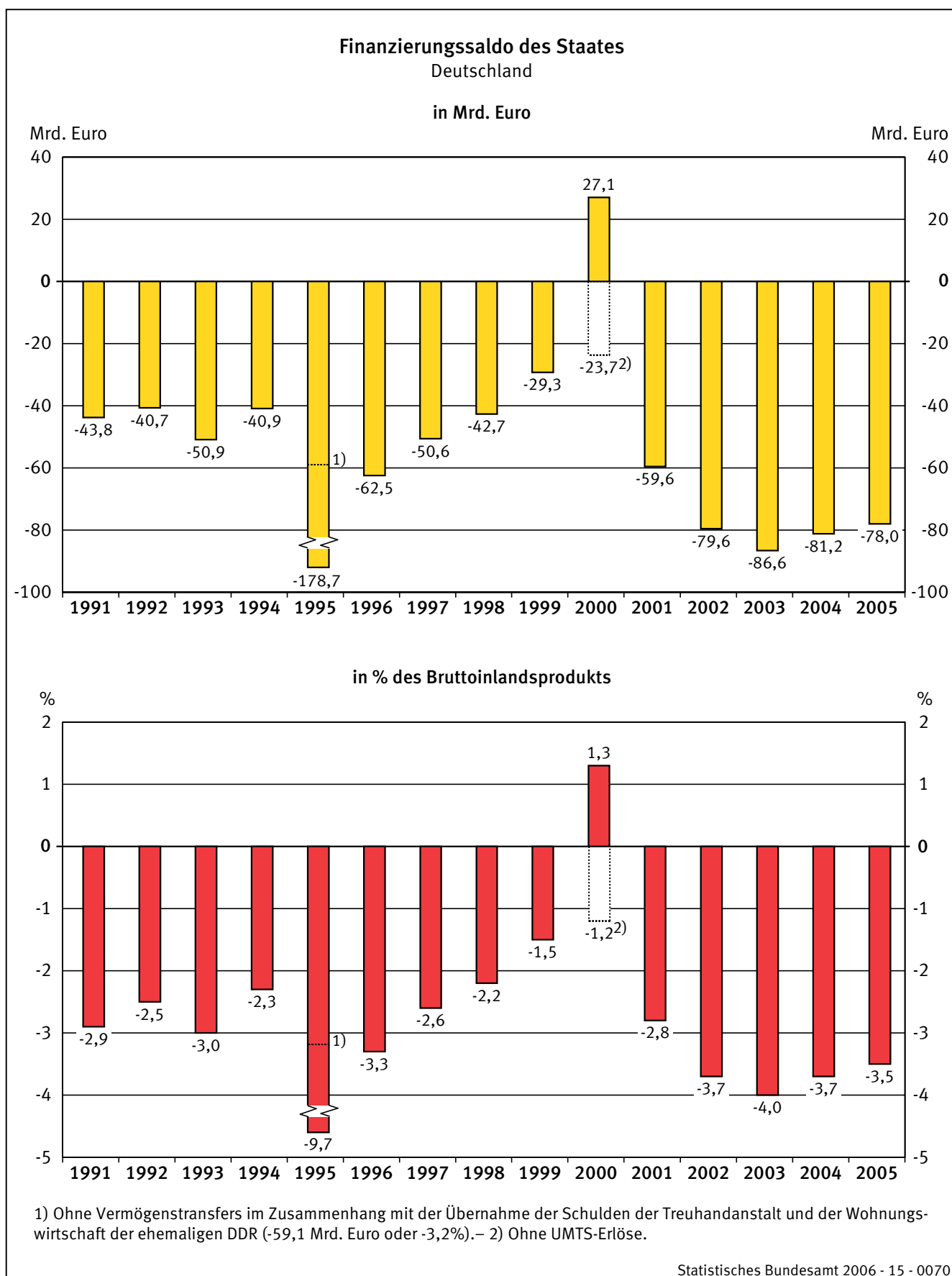


Tabelle 2

Finanzierungssaldo des Staates Deutschland

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherung	Staat		
	Milliarden Euro				in % des BIP ¹⁾	in % des BIP (not allocated) ^{1) 2)}	
1991	- 48,3	- 8,7	+ 2,3	10,9	- 43,8	- 2,9	- 2,9
1992	- 24,8	- 11,0	- 3,3	- 1,6	- 40,7	- 2,5	- 2,5
1993	- 35,5	- 16,9	- 1,5	+ 3,0	- 50,9	- 3,0	- 3,1
1994	- 19,3	- 21,2	- 2,4	+ 2,0	- 40,9	- 2,3	- 2,3
1995 ³⁾	- 26,3	- 21,2	- 3,9	- 7,7	- 59,1	- 3,2	- 3,3
1996	- 34,8	- 20,7	- 0,6	- 6,4	- 62,5	- 3,3	- 3,4
1997	- 30,5	- 21,7	+ 0,1	+ 1,5	- 50,6	- 2,6	- 2,7
1998	- 35,8	- 14,2	+ 4,3	+ 3,0	- 42,7	- 2,2	- 2,2
1999	- 30,6	- 9,5	+ 5,4	+ 5,3	- 29,3	- 1,5	- 1,5
2000	+ 28,0	- 7,0	+ 5,5	+ 0,6	+ 27,1	+ 1,3	+ 1,3
2001	- 27,5	- 27,3	- 1,1	- 3,8	- 59,6	- 2,8	- 2,9
2002	- 36,1	- 32,2	- 4,4	- 6,9	- 79,6	- 3,7	- 3,8
2003	- 39,6	- 30,7	- 8,3	- 8,0	- 86,6	- 4,0	- 4,1
2004	- 50,9	- 25,1	- 3,9	- 1,3	- 81,2	- 3,7	- 3,7
2005	- 50,6	- 20,6	- 3,8	- 3,1	- 78,0	- 3,5	- 3,5

1) Bis einschließlich September 2005 war das BIP ohne FISIM-Aufteilung maßgeblich für die Maastricht-Defizitquote, ab März 2006 soll das BIP einschließlich FISIM-Aufteilung maßgebend sein.

2) Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Finanz-Serviceleistung (FISIM - Financial Intermediation Services Indirectly Measured).

3) Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR.

Schaubild 12

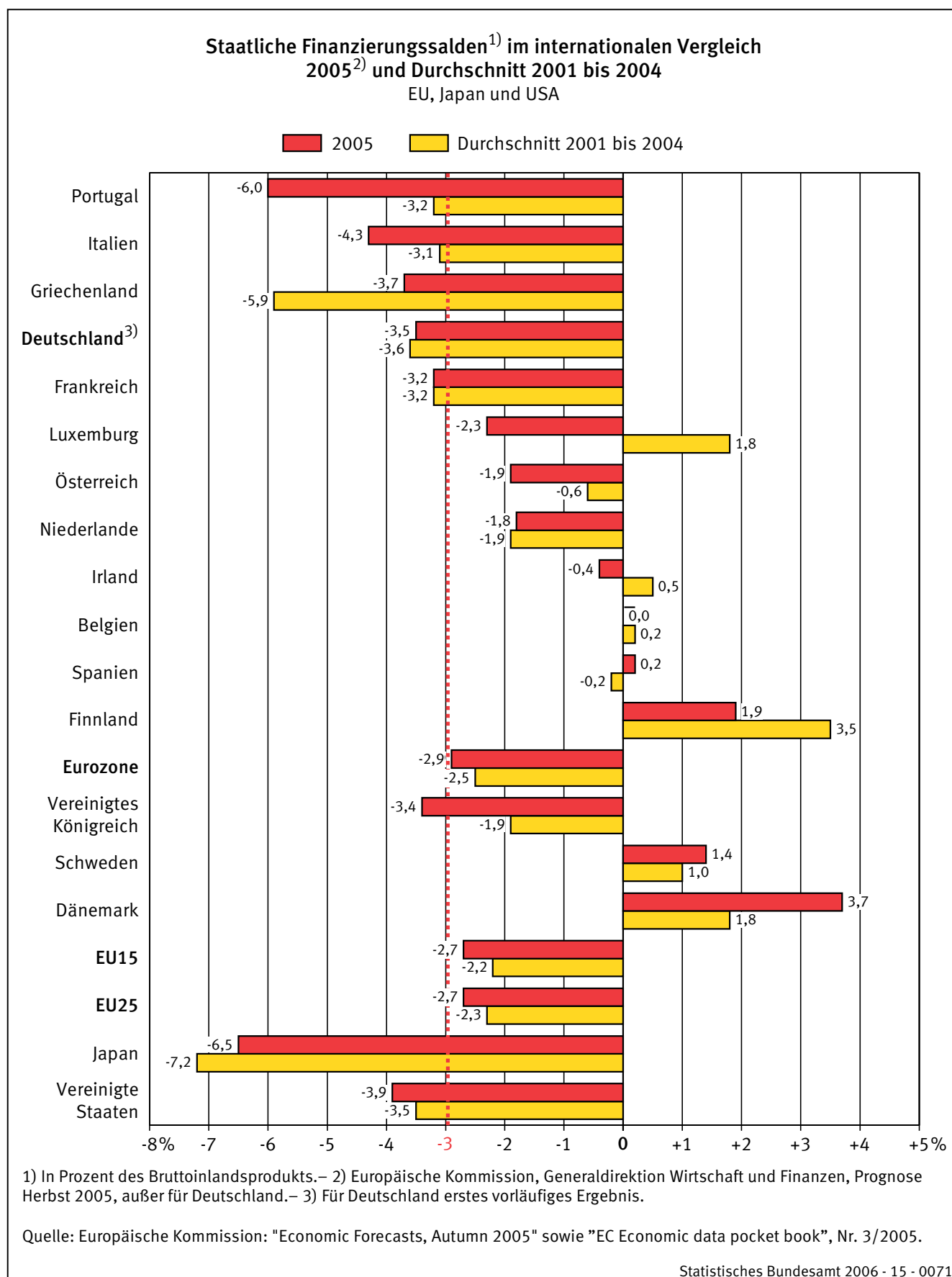


Schaubild 13

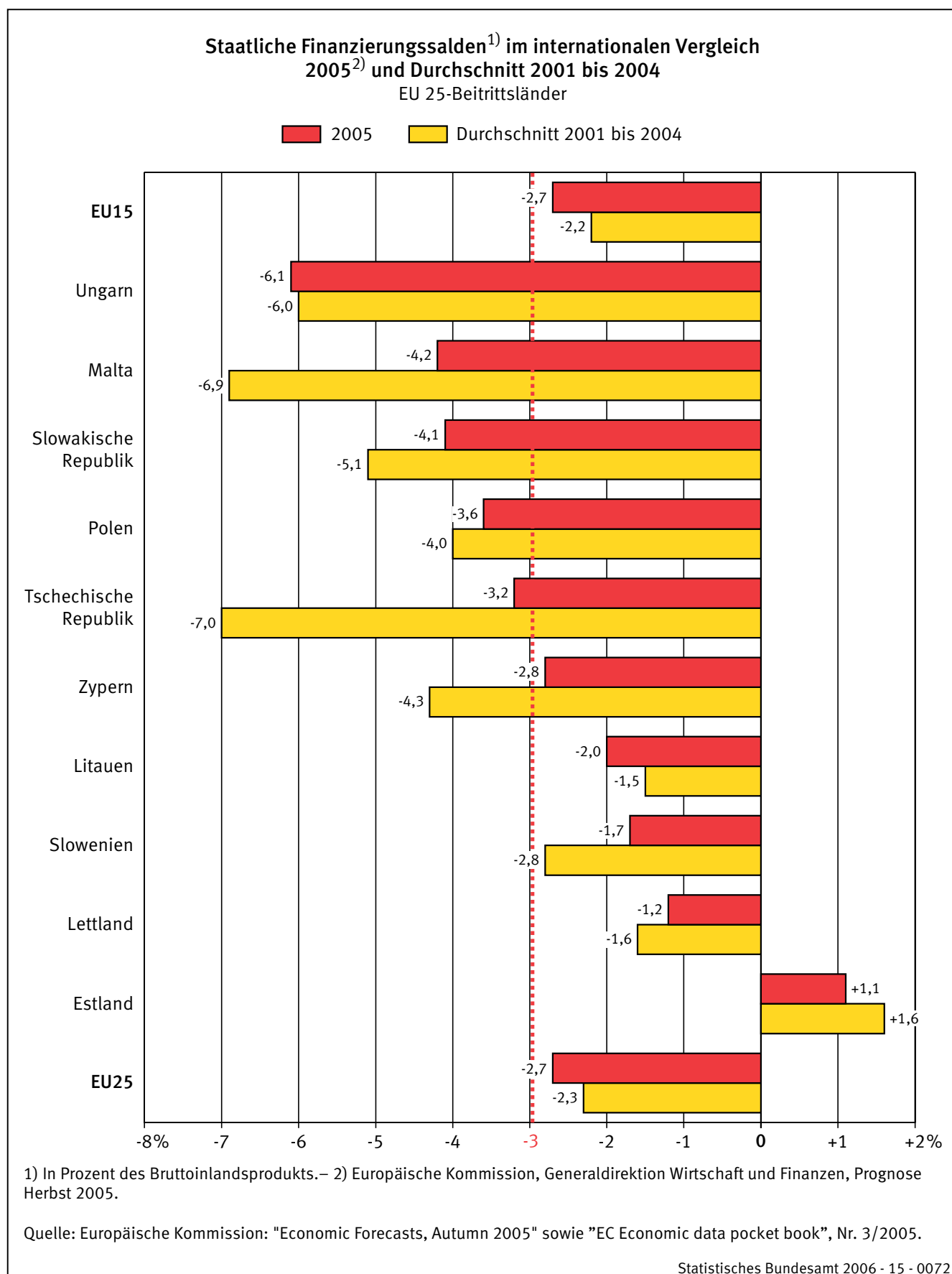


Schaubild 14

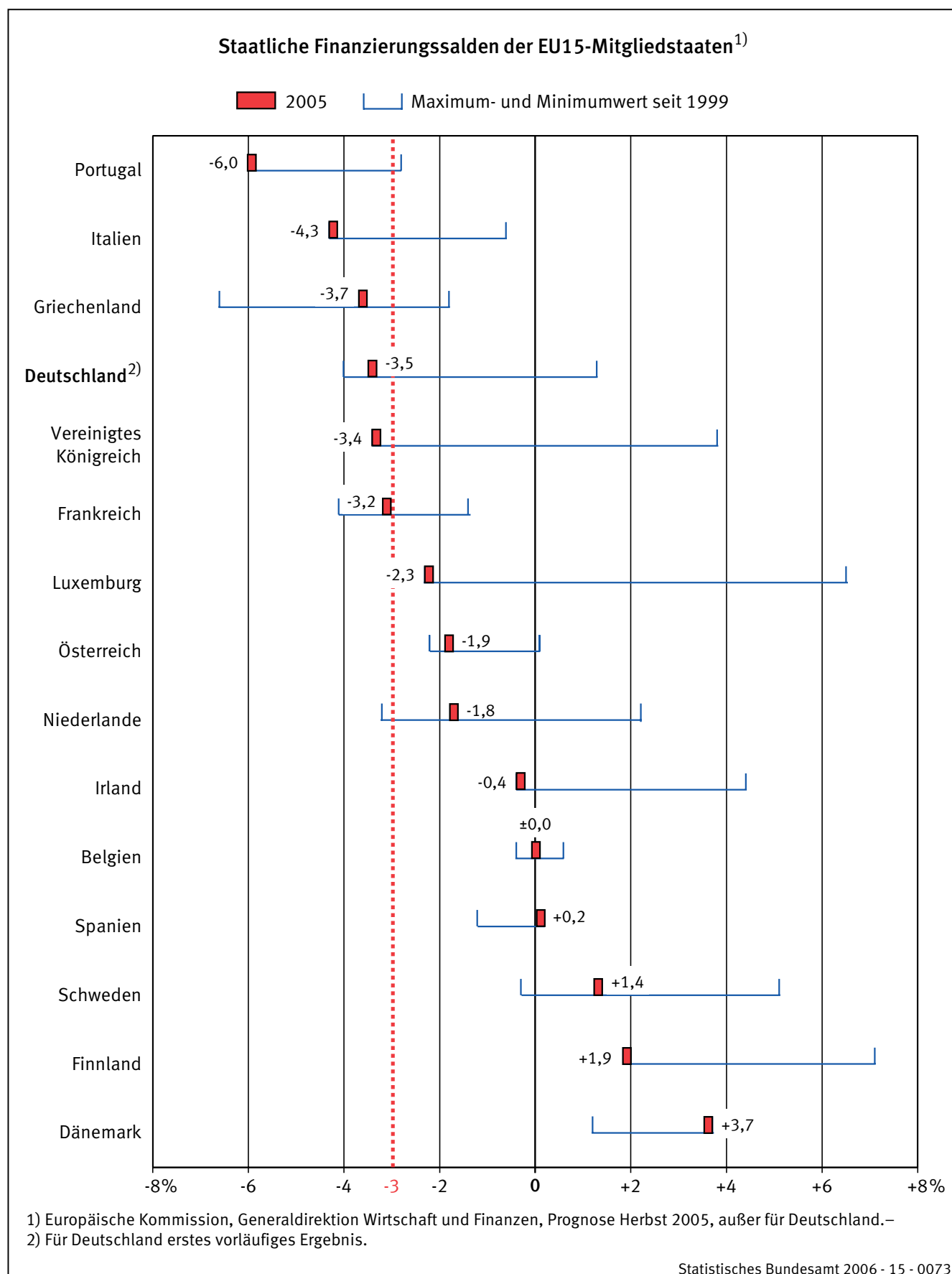


Schaubild 15

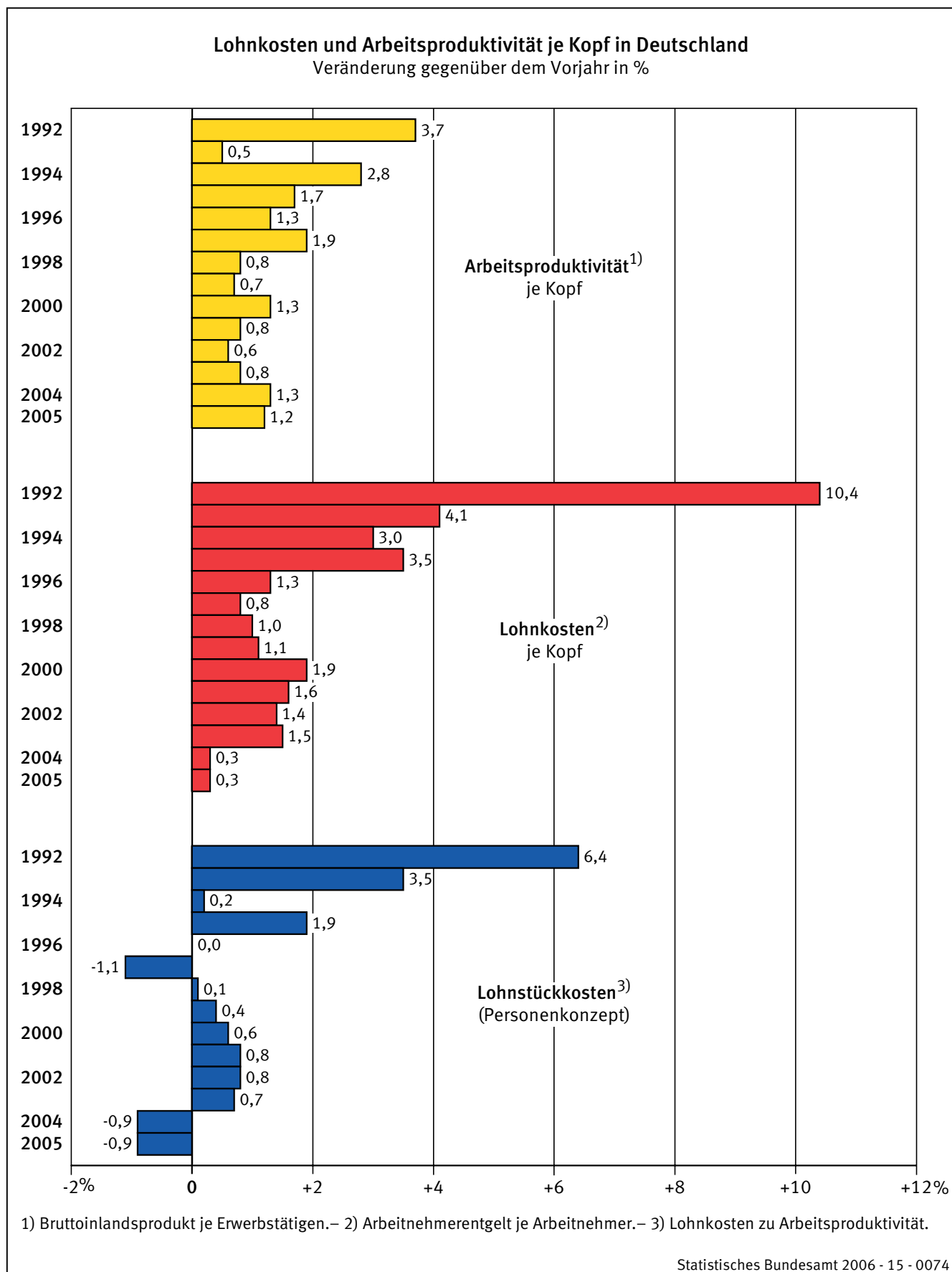


Schaubild 16

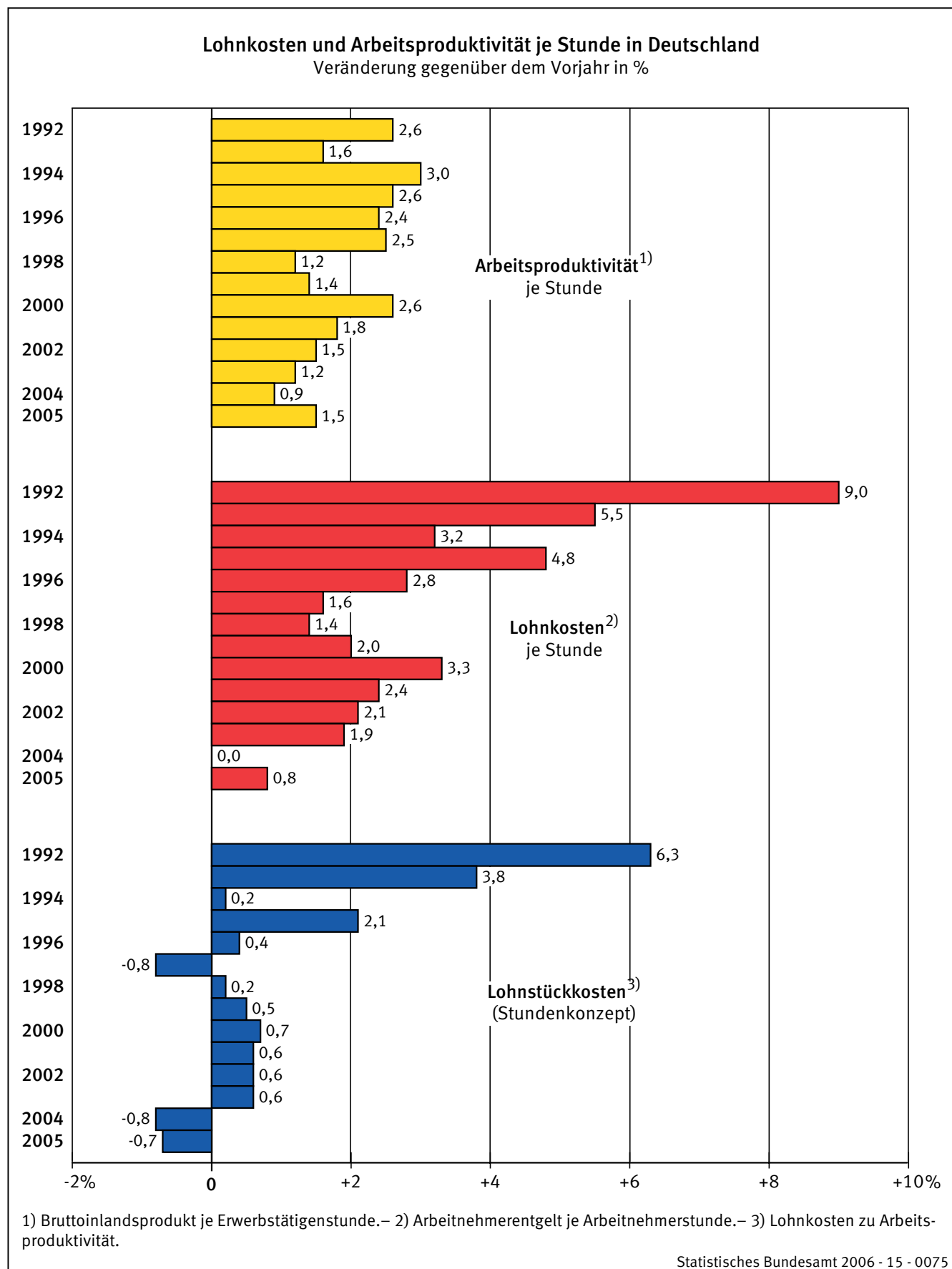


Schaubild 17

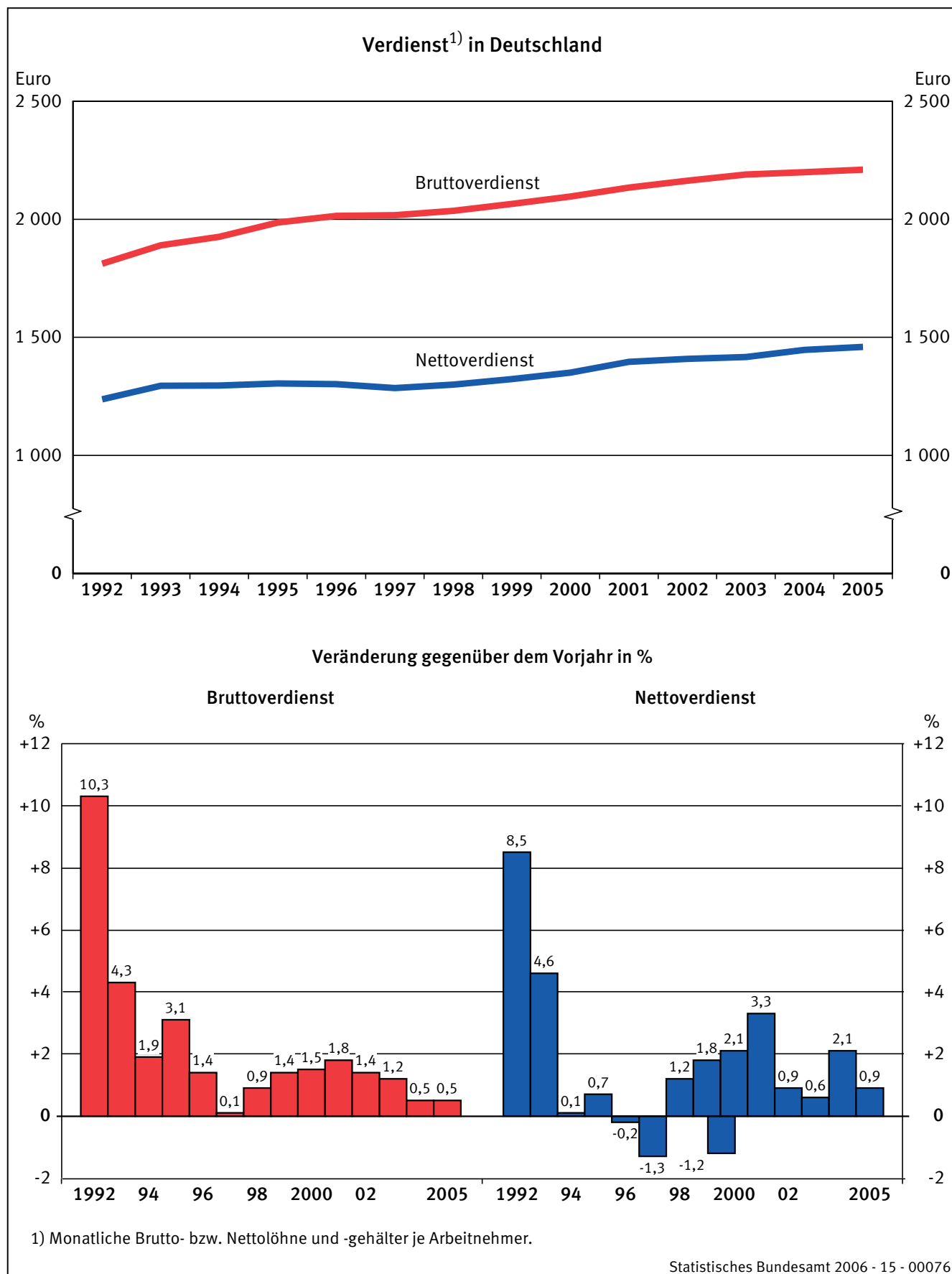


Schaubild 18

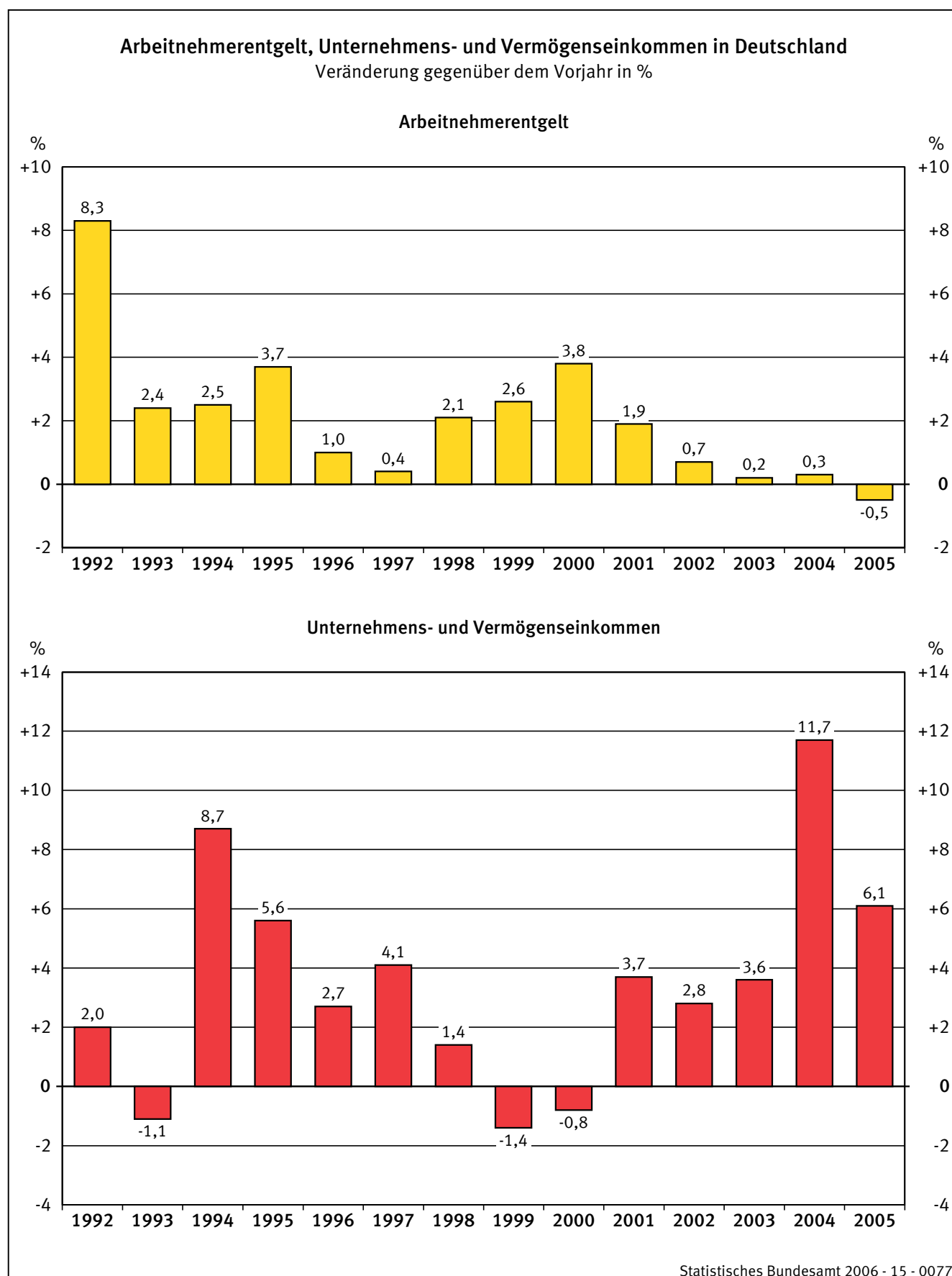
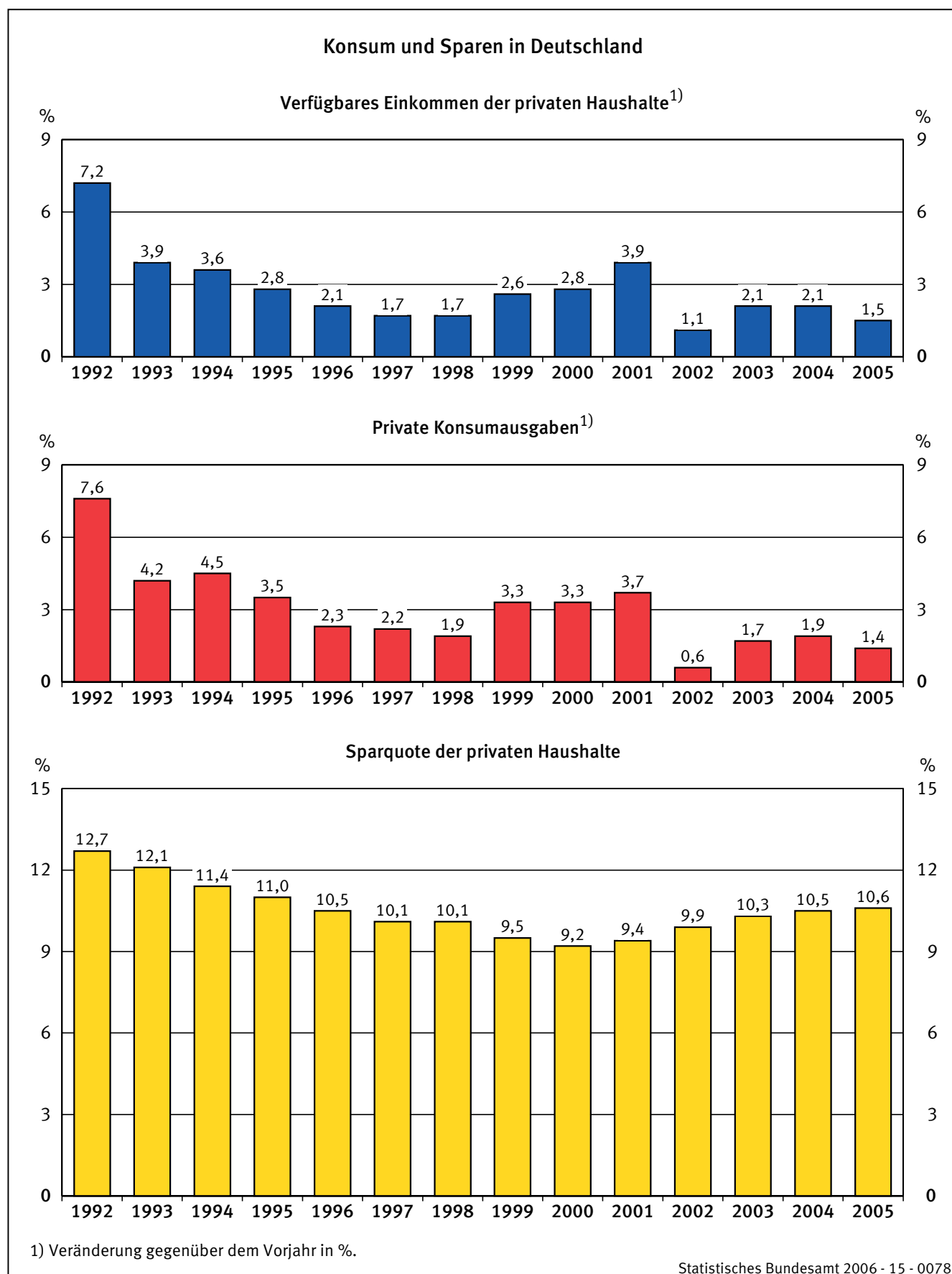


Schaubild 19



1 Außenbeitrag

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) stieg in jeweiligen Preisen von 109,5 Milliarden Euro in 2004 auf 112,9 Milliarden Euro im Jahr 2005. Dies ist der höchste Exportüberschuss seit der deutschen Wiedervereinigung. Der Anstieg des Exportüberschusses 2005 um fast 3,5 Milliarden Euro schlägt sich auch in einem positiven Wachstumsbeitrag zum BIP in jeweiligen Preisen nieder.

Der nominale Exportüberschuss 2005 resultiert aus einem merklichen Überschuss im Warenhandel (+ 162,3 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (– 49,4 Milliarden Euro)¹⁾. Im Vergleich zum Vorjahr sind beide Komponenten gestiegen, der Warenhandelsüberschuss um 7,9 Milliarden Euro (+ 5,1%) und das Dienstleistungsdefizit um 4,4 Milliarden Euro (+ 9,9%).

Preisbereinigt stiegen die Exporte 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 6,2%, die Importe um 5,0%. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen überdurchschnittlichen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet (Warenexporte + 6,9% und Warenimporte + 5,7%). Dagegen verlief die reale Entwicklung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr unterdurchschnittlich (Dienstleistungsexporte + 1,6%, Dienstleistungsimporte + 2,5%). Weil die Exportpreise mit 0,6% weniger stark zunahmen als die Importpreise mit 2,3%, verschlechterten sich die deutschen Terms of Trade um 1,6%.

Bei regionaler Betrachtung der Exporte und Importe – hier liegen erst die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nach Ländern für die ersten drei Quartale des Jahres 2005 vor – nahm die deutsche Warenausfuhr gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum insgesamt um 7,1% und die deutsche Wareneinfuhr insgesamt um 8,0% zu. Bei den Warenexporten stiegen die Ausfuhren in die EU-Länder etwas weniger stark (+ 6,7%) als die Ausfuhren in die Drittländer (+ 7,6%). Zwar immer noch auf relativ niedrigem Niveau, aber von der Zunahme her gesehen bemerkenswert, nahm die Warenausfuhr nach Russland um 15,7% zu. Auch bei der Wareneinfuhr lag die Zuwachsrate 2005 für die Länder der Europäischen Union mit 6,9% etwas niedriger als die aus den Drittstaaten (+ 9,5%). Insbesondere nahm die Wareneinfuhr aus den Ländern zu, die Deutschland mit Erdöl- beziehungsweise Gas in unverarbeiteter oder verarbeiteter Form beliefern: Russland (+ 42,6%), Niederlande (+ 16,1%) und das Vereinigte Königreich (+ 14,8%).

Der in diesem Zeitraum erzielte nominale Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 125,8 Milliarden Euro wurde zum weit überwiegenden Teil (98,3 Milliarden Euro) im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit den anderen EU-Ländern erzielt. Lediglich gegenüber den Niederlanden war ein nennenswertes Defizit zu verzeichnen, das sich auf 3,5 Milliarden Euro belief. Auch gegenüber dem gesamten amerikanischen Raum wurde ein Handelsbilanzüberschuss erzielt (25,6 Milliarden Euro), wovon allein auf die USA ein Überschuss von 20,4 Milliarden Euro entfiel. Dagegen besteht im Warenverkehr mit dem asiatischen Raum ein Außenhandelsdefizit: Aus Japan wurden Waren im Wert von 5,3 Milliarden Euro mehr importiert als exportiert, aus der Volksrepublik China (ohne Hongkong) für 12,4 Milliarden Euro mehr.

1) Bei den Angaben zum grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr ist zu berücksichtigen, dass die Naturkatastrophen im Jahr 2005 im nordamerikanischen Raum insgesamt zu Ansprüchen in Höhe von ca. 1 Milliarde Euro gegenüber deutschen Rückversicherern führten. Nach gegenwärtiger internationaler Verbuchungspraxis mindern diese Ansprüche die Einnahmen aus dem grenzüberschreitenden Versicherungsdienstleistungsverkehr in der genannten Höhe. Nach den geltenden Konventionen wird darin jedoch lediglich ein den Preis dieser Dienstleistung betreffender Vorgang gesehen, die preisbereinigte Entwicklung der Dienstleistungsexporte wird davon nicht berührt.

Ein steigender Handelsbilanzüberschuss und ein steigender Außenbeitrag schlagen sich unmittelbar in einem positiven Wachstumsbeitrag für die deutsche Wirtschaft nieder. Allerdings ist ein hoher Außenbeitrag für sich gesehen kein Ziel deutscher Wirtschaftspolitik; hier wird eigentlich ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht angestrebt. Deutsche Überschüsse im außenwirtschaftlichen Verkehr bedingen spiegelbildlich entsprechende Defizite bei unseren Handelspartnern. Zur Finanzierung dieser Defizite sind unsere Handelspartner genötigt (vornehmlich finanzielle) Aktiva deutschen Wirtschaftseinheiten zu überlassen oder sich bei ihnen direkt zu verschulden.

2 Arbeitsmarkt

1. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahr 2005 von 38,7 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 121 000 Personen oder 0,3% weniger als ein Jahr zuvor, nachdem im Jahr 2004 die Beschäftigung noch um 0,4% im Vorjahresvergleich angestiegen war. Anders als im Vorjahr konnte im Jahr 2005 der anhaltende Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht durch Zuwächse bei Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) und anderen geförderten Beschäftigungsformen ausgeglichen werden. Zwar hat sich im abgelaufenen Jahr der Abbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen verlangsamt, gleichzeitig nahm aber – nach kräftigen Anstiegen in den Vorjahren – die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) ab. Ferner haben die weitere Rückführung „klassischer“ arbeitsmarktpolitischer Förderinstrumente, wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM), sowie das Auslaufen von befristeten Sonderprogrammen (Jump-Plus und Arbeit für Langzeitarbeitslose) im Jahr 2005 zum Rückgang der Erwerbstätigkeit beigetragen.

Nach Ergebnissen der Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ waren im Jahresdurchschnitt 2005 in Deutschland – nach internationaler Abgrenzung – 3,9 Millionen Personen erwerbslos, 37 000 oder 0,9% weniger als im Jahresdurchschnitt 2004. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen lag damit – wie schon im Vorjahr – im Jahresdurchschnitt bei 9,2%.

Die Definitionen von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit folgen dem international vergleichbaren Konzept der International Labour Organization (ILO). Demnach wird als erwerbstätig eingestuft, wer im Zeitraum von einer Woche eine bezahlte Tätigkeit von mindestens einer Stunde Dauer ausgeübt hat. Auch wer sich in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis befindet, dem er in der betreffenden Woche nicht nachgegangen ist, wird als erwerbstätig gezählt, ebenso Selbstständige und Personen, die angeben, unentgeltlich in einem Familienbetrieb mitzuarbeiten. Wer keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, innerhalb der letzten vier Wochen aktiv nach Arbeit gesucht hat und angibt, im Erfolgsfall innerhalb der kommenden zwei Wochen eine Arbeitsstelle antreten zu können, gilt als erwerbslos.

Die erwerbstätigen Inländer und die Erwerbslosen bilden zusammen die auf dem Arbeitsmarkt aktive Gruppe der Erwerbspersonen. Die Zahl der Erwerbspersonen nahm im Jahresdurchschnitt 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 183 000 Personen (– 0,4%) auf 42,5 Millionen Personen ab.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2005 um 1,2%; je Arbeitsstunde gemessen nahm sie etwas stärker zu, und zwar um 1,5%. Letzteres geht vor allem auf arbeitszeitvermindernde Einflüsse zurück, wie die weitere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und die im Vergleich zum Vorjahr geringere Zahl an Arbeitstagen.

2. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach Definition des deutschen Sozialgesetzbuches (SGB III) nahm nach den jüngst veröffentlichten Daten der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2005 gegenüber dem Vorjahr um 482 000 Personen auf rund 4,86 Millionen zu. Dabei war die zahlenmäßige Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit maßgeblich durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II im Rahmen

des Hartz IV-Gesetzes geprägt. Ohne den so genannten Hartz IV-Effekt wäre die Arbeitslosigkeit nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit um bis zu 380 000 Personen geringer ausgefallen. Eine Zeitreihenbetrachtung gestaltet sich entsprechend schwierig.

Wie bereits in den Jahren zuvor wurde im Berichtsjahr auch die Erwerbstätigkeit durch arbeitsmarktpolitische Reformprogramme beeinflusst. Während im Jahr 2004 die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen vor allem durch kräftige Zuwächse bei Minijobs und geförderten Existenzgründungen (Ich-AG) begünstigt wurden, war es im Jahr 2005 überwiegend die Förderung von Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) im Zuge von Hartz IV. Nach jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im abgelaufenen Jahr insgesamt rund 220 000 Personen in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt, dabei überwiegend in sozialen Zusatzjobs nach der Mehraufwandsvariante.

Die Definition der registrierten Arbeitslosen nach dem SGB III unterscheidet sich von der Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach ILO-Kriterien. So fordert das SGB III eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder kommunalen Trägern sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos erfasst zu werden. Beide Voraussetzungen sind keine notwendige Bedingung für Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Konzept. Daher werden in der ILO-Arbeitsmarktstatistik auch Personen als erwerbslos erfasst, die nach Definition des SGB III nicht arbeitslos sind. Dies betraf nach Erkenntnissen aus der Telefonerhebung im Jahr 2005 durchschnittlich 1,3 Millionen Personen.

Andererseits kann nach dem SGB III trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden. Nach den ILO-Kriterien hingegen schließt jede Erwerbstätigkeit die Möglichkeit aus, als erwerbslos erfasst zu werden. Somit sind in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose enthalten, die die ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht als erwerbslos zählt. Nach Ergebnissen der Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ umfasste diese Gruppe nicht erwerbsloser Arbeitsloser im vergangenen Jahr durchschnittlich 2,3 Millionen Personen. Per Saldo lag die nach dem ILO-Konzept ermittelte Erwerbslosenzahl in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2005 mit 3,9 Millionen um eine knappe Million niedriger als die registrierte Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch im gleichen Zeitraum (4,9 Millionen).

3 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verzeichnete der Staatssektor im Jahr 2005 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 78,0 Milliarden Euro, nach einem Defizit von 81,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Die Abnahme des Defizits ergab sich aus einem stärkeren Anstieg der Einnahmen (+ 1,5%) im Vergleich zu dem der Ausgaben (+ 1,1%). Zum Defizit des Staates trugen der Bund mit einem Defizit von 50,6 Milliarden Euro und die Länder mit einem Defizit von 20,6 Milliarden Euro bei. Letztere reduzierten damit in 2005 ihr Defizit erneut kräftig. Der Finanzierungssaldo der Gemeinden belief sich auf – 3,8 Milliarden Euro und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert, während derjenige der Sozialversicherung von – 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf – 3,1 Milliarden Euro angestiegen ist. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr 3,5%. Die Quote lag damit wiederum über dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts. Die Auswirkungen der von einer Eurostat-Entscheidung geforderten Umbuchung der Postunterstützungskasse vom Sektor Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen zum Sektor Staat (Bund) sind in diesen Ergebnissen bereits berücksichtigt.

Im Jahr 2005 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 971,7 Milliarden Euro; das waren 1,5% mehr als im Vorjahr. Bei den Steuern (+ 1,6%), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben um 1,5% und das der Einkommensteuern um 1,7%. Eine leichte Zunahme war im Berichtsjahr auch bei den empfangenen Vermögenstransfers (+ 0,6%) zu verzeichnen. Die Sozialbeiträge (+ 0,2%) stagnierten dagegen, wie bereits im Jahr 2004, auf Vorjahresniveau. Deutlich höhere Einnahmen als im Vorjahr erzielte der Staat bei den sonstigen laufenden Transfers (+ 12,8%), den Vermögenseinkommen (+ 9,0%) sowie aus Verkäufen von Waren und Dienstleistungen (+ 7,2%). Bei letzteren wirkte sich insbesondere die seit Januar 2005 erhobene neue LKW-Maut aus, die sich bis zum Jahresende auf rund 2,8 Milliarden Euro summierte.

Die Ausgaben des Staates (1 049,7 Milliarden Euro) nahmen 2005 um 1,1% gegenüber dem Vorjahr zu. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Käufe an Vorleistungsgütern um 2,8%, während die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 0,9% abnahmen. Die sozialen Sachleistungen sind – insbesondere wegen des kräftigen Anstiegs der Arzneimittelausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung – um 2,5% gegenüber 2004 gestiegen.

Ebenfalls um 2,5% stiegen die Ausgaben bei den monetären Sozialleistungen an private Haushalte. Hierfür war insbesondere die Umsetzung der Hartz IV Arbeitsmarktreform verantwortlich: Dadurch stiegen beim Bund die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe um 38,9% und bei den Gemeinden die Aufwendungen für die Geldleistungen der Sozialhilfe um 29,6%. Bei den Ländern haben sich hingegen die Ausgaben für Wohngeld in Folge von Hartz IV nahezu halbiert (– 49,5%). Ein weiterer Grund für den Ausgabenzuwachs war die oben erwähnte Umgruppierung der Postunterstützungskasse, deren Pensionszahlungen sich nun in den monetären Sozialleistungen des Bundes niederschlagen. Auch die Ausgaben für das Kindergeld (+ 0,3%) haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Bei den übrigen Ausgaben des Staates verzeichneten die Vermögenstransfers einen Zuwachs von 1,6%, während die Aufwendungen für Subventionen (– 4,4%), die sonstigen laufenden Transfers (– 5,0%) sowie für Investitionen (– 5,8%) zurückgegangen sind. Die geleisteten Vermögenseinkommen (+ 0,2%) verblieben in etwa auf dem Vorjahresniveau.

4 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

1. Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

Allerdings sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten anders als „reguläre“ Wirtschaftstätigkeiten statistisch schwieriger zu erfassen. In diesem Zusammenhang ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt.
Solche Zuschläge für schattenwirtschaftliche Aktivitäten werden regelmäßig überprüft und, falls erforderlich, an neue Erkenntnisse angepasst. Zuletzt wurden sie im Zuge der „großen“ Revision 2005 überarbeitet.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Ob und inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden, entzieht sich der Kenntnis der amtlichen Statistik, ist aber für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das deutsche BIP würde die so genannte Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

2. Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt allerdings eine eigenständige, getrennte Schätzung der so genannten Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleich gesetzt, ein anderes Mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistung am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten.

Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.

- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.
- Da wir Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik halten, erscheinen uns amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

3. Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Da Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in der Europäischen Union (EU) in hohem Ausmaß für administrative Zwecke genutzt werden (zum Beispiel Zahlungen an den EU-Haushalt, Berechnung der Maastricht-Kriterien), hat die EU-Kommission das Recht, die Einhaltung der Vorschriften des ESGV 1995 durch die Mitgliedstaaten von Mitarbeitern von Eurostat vor Ort prüfen zu lassen. Diese Vergleichbarkeitsprüfungen werden regelmäßig durchgeführt und betreffen auch die Frage der vollständigen Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach Prüfung der deutschen Inlandsproduktrechnung hat die Kommission keine Zweifel an der Vollständigkeit der deutschen Angaben. Da inzwischen für alle bisherigen Mitgliedstaaten solche Prüfungen durchgeführt wurden, können Inlandsprodukt und Nationaleinkommen (früher: Sozialprodukt) dieser Länder im Hinblick auf Vollständigkeit – also auch auf die Erfassung der Schattenwirtschaft – als vergleichbar angesehen werden.

5 Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005

Am 28. April 2005 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der jüngsten „großen“ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Solche „großen“ Revisionen, bei denen die Ergebnisse und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechend internationaler Konventionen grundlegend überarbeitet werden, finden alle fünf bis zehn Jahre statt (zuletzt 1999 zur Einführung des revidierten Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995). Die Ziele sind dabei

- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Ähnliches einzuführen;
- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen in das Rechensystem einzubauen;
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden.

Die „große“ VGR-Revision 2005 brachte im Wesentlichen folgende Änderungen:

- Die Einführung der Vorjahrespreisbasis an Stelle der bisher üblichen Festpreisbasis bei der Deflationierung: Die „realen“ Ergebnisse werden nicht mehr wie bisher in Preisen eines festen Basisjahres ausgedrückt (zuletzt in Preisen von 1995), sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also zum Beispiel Ergebnisse für 2005 in Preisen von 2004). Damit werden jetzt aktuelle Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt; zugleich war aber die Einführung von Kettenindizes notwendig.
- Die Neuregelung der Verbuchung von Bankdienstleistungen, die nun als „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ den einzelnen Verwendungszwecken (Vorleistungen, Konsum, Exporten) zugeordnet und nicht – wie bisher – als globale gesamtwirtschaftliche Vorleistung behandelt werden.
- Die Verwendung neuer Deflationierungsmethoden, beispielsweise die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen (hedonische Preismessung) und die direkte Volumenmessung von Nichtmarkt-Dienstleistungen (Output-Methode).

Zusätzlich wurden – wie bei jeder Revision – neue Ausgangsdaten in die Berechnungen integriert. Die neuen Berechnungsgrundlagen führten zu einer besseren statistischen Fundierung in den betroffenen Wirtschaftsbereichen. Sie können aber wegen der sonst auftretenden Brüche in den Zeitreihen nicht während der laufenden Überarbeitungen eingebaut werden. Im Zuge der „großen“ Revision 2005 wurden die Dienstleistungsstatistik, die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (ÖFEU), die Pflegestatistik sowie die Strukturerhebungen für kleine Unternehmen im Bergbau, im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe neu in die VGR integriert.

Um trotz dieser Änderungen vergleichbare Daten über längere Zeiträume (Zeitreihen) darzustellen, wurden zunächst die Jahre und Quartale von 1991 bis 2004 für Deutschland revidiert. Im Jahr 2006 folgt dann die Rückrechnung für den Zeitraum von 1970 bis 1991 für das frühere Bundesgebiet (Doppelnachweis für das Jahr 1991).

Im Ergebnis liegt die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts nach der „großen“ Revision um 0,2 Prozentpunkte über der bisherigen Rate. Auch die revidierten Veränderungsdaten der entsprechenden Quartalswerte liegen meist über den Werten vor Revision. Das bisherige Konjunkturbild ist jedoch weitgehend erhalten geblieben.

Nähere Informationen zu den Änderungen der Konzepte, Methoden und Basisdaten sowie deren Auswirkungen auf die revidierten Ergebnisse finden sich im ausführlichen Aufsatz zur „großen“ Revision der VGR 2005 in Wirtschaft und Statistik, Heft 5/2005 sowie auf der Themenseite VGR im Internet.

6 Vorjahrespreise und Verkettung

Im Rahmen der „großen“ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2005 wurde die Preis- und Volumenmessung wesentlich umgestellt: Nach den entsprechenden internationalen Konventionen und verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften erfolgt sie nun auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Die neue Methode ersetzt die bisherige Berechnung in konstanten Preisen (zuletzt in Preisen von 1995). Sie wurde sowohl für die Jahres- als auch für die Quartalsrechnung der VGR eingeführt.

Was bedeutet der Wechsel von der Festpreisbasis auf die Vorjahrespreisbasis?

Die „realen“ Ergebnisse der VGR werden nicht mehr wie bisher in Preisen eines – üblicherweise fünfjährlich wechselnden – festen Basisjahres ausgedrückt (zuletzt in Preisen von 1995), sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also zum Beispiel Ergebnisse für das Jahr 2005 in Preisen von 2004).

Welche Vorteile hat die Vorjahrespreisbasis gegenüber der Festpreisbasis?

Die Kritik am Konzept der Festpreisbasis bestand vor allem darin, dass die Preisrelationen eines Basisjahres in den Folgejahren immer weniger relevant werden und dass es beim Übergang auf eine neue Festpreisbasis im Rahmen von VGR-Revisionen immer wieder zu einer rückwirkenden Änderung der „realen“ Entwicklung wichtiger VGR-Größen kommen kann. Bei der Vorjahrespreisbasis werden dagegen stets die Preisrelationen eines aktuellen Basisjahres (nämlich des jeweiligen Vorjahres) verwendet. Dadurch werden immer die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten (insbesondere des Bruttoinlandsprodukts) genauer und treffsicherer macht.

Wie funktioniert die Methode der Vorjahrespreisbasis und Verkettung?

Rechentechnisch werden bei der neuen Methode der Vorjahrespreisbasis die Wertangaben eines Jahres mit Preisindizes deflationiert, die immer auf den Jahresdurchschnitt des Vorjahres normiert sind. Auf diese Weise erhält man zunächst eine Sequenz von Jahresergebnissen in konstanten Preisen des Vorjahres mit dazu passenden Messzahlen. Durch Verkettung („Chain-linking“) dieser Messzahlen kann für jedes Merkmal dann auch eine vergleichbare lange Zeitreihe ermittelt werden (von so genannten Kettenindizes). Als Indextyp wird entsprechend den europäischen Regelungen wie bisher für die Volumenmessung ein Laspeyres-Index und damit für die implizite Preismessung ein Paasche-Index verwendet.

Was ist ein Kettenindex?

Ein Kettenindex ist ein spezieller Indextyp, der sich aus der zeitlichen Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes ergibt; diese beziehen sich jeweils auf das Vorjahr und haben damit ein jährlich wechselndes Wägungsschema. Kennzeichnend ist, dass ein beliebiger Zwei-Periodenvergleich (zwischen 0 und t) *indirekt* hergestellt wird, nämlich als Produkt der jährlichen Teilindizes, und nicht direkt, also allein unter Beteiligung von Daten der Perioden 0 und t, wie bei einem direkten Volumen- oder Preisindex. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (z.B. Jahr 2000 = 100), was aber nicht verwechselt werden darf mit dem bisherigen Preisbasisjahr (bei der Festpreisrechnung).

Welche Methode wird für die Berechnung vierteljährlicher Daten verwendet?

Zur Berechnung vierteljährlicher Daten auf Vorjahrespreisbasis wird ein spezielles Rechenverfahren angewandt, das für die Praxis der deutschen VGR am besten geeignet ist, die so genannte Annual-Overlap-Methode. Bei dieser Methode werden die

aktuellen Volumina vereinfachend zum Jahresdurchschnitt der nominalen Werte des Vorjahres in Beziehung gesetzt (Jahreswert/4). Nähere Informationen hierzu finden sich im Informationsangebot zur Revision der VGR im Internet unter <http://www.destatis.de/basis/d/vgr/vgrrevision.php>.

Was ändert sich in den Veröffentlichungen durch die Vorjahrespreisbasis?

Im Mittelpunkt der Darstellung der preisbereinigten Ergebnisse stehen künftig die Kettenindizes der Volumenangaben sowie die daraus abgeleiteten Veränderungsraten und Wachstumsbeiträge. Die Saldengrößen Außenbeitrag und Vorratsveränderungen werden preisbereinigt nur noch in Form von Wachstumsbeiträgen (zum Bruttoinlandsprodukt) dargestellt.

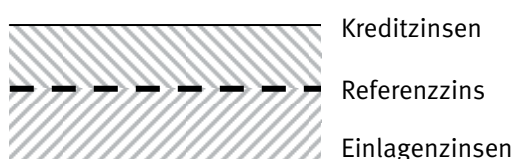
Werden auch weiterhin Absolutwerte zur Verfügung gestellt?

Auf Anfrage werden auch verkettete Absolutwerte (in Milliarden Euro mit Referenzjahr 2000) sowie (unverkettete) Absolutwerte in Vorjahrespreisen in elektronischer Form bereitgestellt. Dabei ist zu beachten, dass die verketteten Absolutwerte nicht additiv sind, also die Summe der verketteten Teilaggregate (zum Beispiel Konsum, Bruttoinvestitionen, Exporte, Importe) vom Wert des verketteten Gesamtaggregate (zum Beispiel des BIP) abweicht.

7 FISIM

Der Produktionswert von Banken im Einlagen- und Kreditgeschäft wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen FISIM genannt und steht für „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Die Schwierigkeit bei der Messung der Bankleistung im Einlagen- und Kreditgeschäft besteht darin, dass den Kunden dafür keine getrennten Dienstleistungsentgelte in Rechnung gestellt werden, sondern diese bereits über die Zinsen abgedeckt sind ¹⁾.

FISIM kann deshalb nicht statistisch erfragt, sondern muss modellmäßig berechnet werden. Dies lässt sich schematisch mit folgender Grafik verdeutlichen:



Grundidee ist, dass es einen „reinen“ Zinssatz gibt, der keine Dienstleistungs- und Risikozuschläge enthält. Dieser Referenzzinssatz wird üblicherweise mit dem Interbankenzinssatz gleichgesetzt. Es wird angenommen, dass einerseits Kreditnehmer einen höheren Zinssatz als den Referenzzinssatz in Rechnung gestellt bekommen und andererseits Einleger einen niedrigeren Zinssatz erhalten. Die FISIM wird dann als Unterschied zwischen den tatsächlichen Zinsen und dem Referenzzins gemessen. Kreditnehmer zahlen tatsächlich höhere Zinsen als die Referenzzinsen; dieser Zuschlag kann als Entgelt für die Verwaltung des Kredits interpretiert werden. Dagegen bekommen Einleger tatsächlich weniger als die Referenzzinsen; dieser Abschlag kann als Entgelt für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs angesehen werden. Die Summe der Zuschläge und der Abschläge entspricht dem (impliziten) Bankleistungsentgelt, der FISIM.

Das FISIM-Berechnungsmodell erlaubt außerdem eine Aufteilung nach Verwendungskategorien. Sind die Kreditnehmer bzw. Einleger Konsumenten (wie die meisten privaten Haushalte), erhöht das implizite Dienstleistungsentgelt die Konsumausgaben. Werden sie in den VGR als Produzenten behandelt, geht die FISIM in die Vorleistungen ein (auch beim Staat erhöhen sich die Vorleistungen und – wegen der additiven Berechnung des Produktionswertes – die daraus abgeleiteten Konsumausgaben des Staates). Wenn es sich um grenzüberschreitende Kredit- und Einlagengeschäfte handelt, sind Exporte bzw. Importe betroffen. Sofern FISIM in die Konsumausgaben oder in die Exporte bzw. Importe eingeht, hat dies Einfluss auf das Niveau und den Verlauf des BIP und damit auch auf das Wirtschaftswachstum. Das deutsche BIP erhöht sich durch die FISIM-Aufteilung im Niveau um über 1 Prozent.

Auch in der Verteilungsrechnung hat die FISIM-Neuregelung erhebliche Auswirkungen. Zunächst führt sie bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu einem deutlichen Niveauanstieg. Ein weiterer Effekt ergibt sich für die Größen „Zinsen“: In diese Größe fließen jetzt Zinsen für Einlagen und Kredite zum Referenzzinssatz und nicht mehr die tatsächlich empfangenen und geleisteten Zinsen ein (außer tatsächliche Wertpapierzinsen). Diese Besonderheit ist bei der Interpretation der Zinsen in den VGR zu beachten.

¹⁾ Bei anderen Bankgeschäften werden die Leistungen direkt abgerechnet, z.B. über Kontoführungs-, Safegebühren oder Vermittlungsprovisionen.

Hinweis: Die beschriebene FISIM-Aufteilung wurde, aufgrund rechtsverbindlicher Vorgaben der Europäischen Union, mit der „großen“ Revision 2005 in die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeführt. Davor wurde die so genannte „unterstellte Bankgebühr“ nicht auf die Verwender aufgeteilt, sondern insgesamt als Vorleistung gebucht.

Unser Service für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie zum Gesamtgebiet der amtlichen Statistik einen umfassenden Informationsservice.

Internet

Auf der Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) informieren wir über Inhalt und Aufbau (z.B. Info-Broschüre „Wichtige Zusammenhänge im Überblick“), aktuelle Themen (z.B. Revision 2005) sowie methodische Erläuterungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie finden auf dieser Seite außerdem Grafiken und vierteljährliche und jährliche Tabellen zur Inlandsproduktsberechnung für ausgewählte Zeiträume sowie Tabellen zur Input-Output-Rechnung. Daneben werden auch Links zur Auskunftsdatenbank GENESIS-Online und zum Statistik-Shop angeboten. Im Statistik-Shop werden neben den einzelnen Reihen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ auch andere Veröffentlichungsreihen des Statistischen Bundesamtes kostenfrei als Download-Produkte angeboten.

Die Unterlagen der vorliegenden Broschüre können sowohl über die VGR-Themenseite als auch über den Pfad „Presse - Pressekonferenzen“ herunter geladen werden.

Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr. Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservices: Telefon (0611) 75-2405, Telefax (0611) 75-3330, E-Mail: info@destatis.de .

Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (0611) 75-3444, die Faxverbindung lautet (0611) 75-3976 und die E-Mail-Anschrift ist presse@destatis.de. Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zu den Inhalten der vorliegenden Broschüre, bitte wenden Sie sich an das VGR-Info-Team, Telefon (0611) 75-2626, E-Mail: bip-info@destatis.de .

Oder schreiben Sie uns:
Statistisches Bundesamt
Gruppe III A
65180 Wiesbaden

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!